



Vorlage

Datum: 30.01.2008
Vorlage FB II/701/2008

TOP	Betreff Kompetenzzentrum für die sonderpädagogische Förderung
Beschlussentwurf: Der Schulausschuss empfiehlt / der Rat der Stadt beschließt, den Antrag auf Ausbau der E-rich-Kästner Schule als Förderschule zu einem Kompetenzzentrum für sonderpädagogischer Förderung zu stellen.	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Schule, Kultur und Sport	18.02.2008	öffentlich
Rat	11.03.2008	öffentlich

Sachverhalt:

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Möglichkeit eröffnet, neue Wege in der sonderpädagogischen Förderung zu gehen. Das Kabinett hat Eckpunkte für eine Pilotphase zum Ausbau von Förderschulen mit Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung gebilligt. In den kommenden Schuljahren sollen auf Antrag von Schulträgern bis zu 20 solcher Kompetenzzentren im Lande entstehen.

Es soll erreicht werden, dass Kinder früher, unbürokratischer und bedarfsgerechter gefördert werden. Deshalb sollen noch mehr Kinder als bisher möglichst wohnortnah und präventiv in allgemeinen Schulen gefördert werden. Mit der zum kommenden Schuljahr beginnenden Pilotphase sollen an mehreren Standorten und mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten die Voraussetzungen für ein neues Konzept der sonderpädagogischen Förderung erarbeitet werden, das dann auf ganz NRW übertragen werden könnte.

Mit dem Schulgesetz hat die Landesregierung den Schulträgern die Chance gegeben, Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung auszubauen. Sie sollen die Systeme Förderschule und Gemeinsamer Unterricht in einem örtlichen oder regionalen Netzwerk von Schulen zu einem Gesamtsystem sonderpädagogischer Förderung zusammenführen. Eine Förderschule, die zum Kompetenzzentrum ausgebaut werde, soll ein breites Spektrum sonderpädagogischer Förderung, zum Beispiel des gesamten Bereich der Lern- und Entwicklungsstörung (Lernen, emotionale und soziale Entwicklung, Sprache) abdecken und die Schülerinnen und Schüler sowohl innerhalb des Kompetenzzentrums als auch in den mit in einem festen Netzwerk verbundenen allgemeinen Schulen fördern.

Hiermit würde eine langfristige Forderung aus dem Bereich der Sonderpädagogik umgesetzt. Durch die Einrichtung der Verbundschule im Jahre 2001 wurden durch den Schulträger bereits wichtige Grundbausteine gelegt.

Auf Antrag des Schulträgers (Frist: 29. Februar 2008) kann die Teilnahme an der Pilotphase angemeldet werden; ein verbindlicher Ratsbeschluss bis zum 31. März diesen Jahres ist notwendig.

Weitere Darlegungen erfolgen in der Sitzung.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten für bauliche Veränderungen entstehen nicht; personelle Mehrbelastungen werden zunächst durch vorhandenes Personal abgedeckt. Das Konzept des Landes sieht eine Förderung im Bereich der Verwaltung vor.

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A.

Andrea Poranzke